



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 61 / Oktober 2007

Liebe Leserin, lieber Leser,

in unserer Plenartagung im Oktober befassten wir uns u.a. mit den Ergebnissen des Informellen Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon, mit dem EU-Haushalt 2008, mit neuen Vorschriften für die Zulassung und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, mit CO₂-Emissionen von Pkw, mit Energietechnologie und konventionellen Energiequellen sowie mit der Situation in der Türkei.

Informeller Gipfel von Lissabon

Die portugiesische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission gaben Erklärungen zu den Ergebnissen des Informellen Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs ab, der am 18./19. Oktober 2007 in Lissabon stattgefunden hatte. Bei dem Treffen war es vor allem um den EU-Reformvertrag gegangen, der den bei Volksabstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich gescheiterten Verfassungsvertrag ersetzen soll.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft hatte bereits am 2. Oktober mitgeteilt, dass die Vorarbeiten für die Verträge zur Reform der Europäischen Union abgeschlossen seien und sich die Rechtsvertreter der 27 EU-Staaten auf den Text von zwei neuen Grundlagenverträgen einigten, welche spätestens 2009 in Kraft treten sollen. Die dringend benötigten Reformverträge - der "Vertrag über die Europäische Union" sowie der "Vertrag über die Arbeitsweise der Union" - müssen nun

wiederum von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden, um in Kraft treten zu können.

Haushalt 2008

In Erster Lesung stimmten wir über den EU-Haushaltsentwurf 2008 ab und zeigten dem Ministerrat, dass uns dessen Haushaltsansätze nur sehr bedingt zufrieden stellen. Kritikpunkte sind vor allem die Haushaltsansätze für das Satelliten-Navigationssystem GALILEO, das Europäische Technologie-Institut, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Mittel, die für den Kosovo und für Palästina bereitgestellt werden sollen.

Pflanzenschutzmittel

Das Europäische Parlament verabschiedete in erster Lesung neue Bestimmungen zur Zulassung und zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Ziel ist es, die bestehenden Regelungen zu harmonisieren: Bislang sind nämlich noch unterschiedliche Mittel in den Mitgliedstaaten zugelassen. Das führt beispielsweise zu der untragbaren Situation, dass in Holland noch jahrelang Pflanzenschutzmittel im Gemüsebau eingesetzt werden dürfen, die in Deutschland bald nicht mehr verfügbar sind, weil deren zeitlich begrenzte nationale Zulassung abläuft. Eine ganze Reihe von Gemüsesorten könnten also bald bei uns nicht mehr angebaut werden und würden dann aus Holland importiert! Natürlich geht es auch immer darum, den Umwelt- und Verbraucherschutz zu verbessern. Zwar sind unsere Pflanzenschutzmittel nach jeweils aktueller wissenschaftlicher Erkenntnis sicher, aber

schließlich werden ständig neue Mittel entwickelt, weil Pflanzenschädlinge mit der Zeit immun werden. Die nun beschossenen Auflagen halte ich allerdings für zu strikt; nach meiner Auffassung würden sie dazu führen, dass der europäische Pflanzenbau nicht mehr wettbewerbsfähig gegenüber Drittstaaten wäre, aus denen wir dann aber die Produkte, die nach weniger strengen Regeln angebaut wurden, importieren müssten. Der Ministerrat ist nun gefordert!

CO₂-Emissionen von PKW

Im Gegensatz zu anderen Sektoren steigen die Emissionen im Straßenverkehr weiter an. Da die Erfahrung zeigt, dass eine freiwillige Selbstverpflichtung bei der Automobilindustrie nicht funktioniert, sind legislative Maßnahmen erforderlich. Die Mehrheit des Europäischen Parlaments verlangte daher nun, dass durch technische Verbesserungen an Fahrzeugmotoren die Abgaswerte von Personenkraftwagen, die ab 2015 auf den Markt kommen, 125 g CO₂/km nicht übersteigen dürfen. Eine für die bundesdeutsche Automobilindustrie wichtige Staffelung der Abgaswerte nach Größe und Gewicht der Fahrzeuge ließ sich in unserem Hause nicht durchsetzen.

Energie

Es geht um die Versorgungssicherheit der EU: Bis 2030 wird unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern auf 65 % steigen. Auch die Kernenergie ist für die Gewährleistung der Grundlast mittelfristig in Europa unverzichtbar, insbesondere um die ambitionierten Klima-Ziele zu erreichen. Im Jahr 2004 lag der Anteil fossiler Energieträger am Bruttoinlandsverbrauch der EU der 25 bei 79 %, wobei der größte Teil auf Erdöl entfiel (37,2 %), gefolgt von Erdgas (23,9 %) und Kohle (17,9 %). Bis jetzt können erneuerbare Energien unseren Grundbedarf an Energie nicht decken. Umso wichtiger ist es, den Forschungs- und Entwicklungsrückstand durch fossile Brennstoffe und Kernenergie auszugleichen. Der für die Bundesrepublik beschlossene Atomausstieg sollte also tunlichst rückgängig gemacht werden!

Türkei

In einer Stellungnahme zur Situation in dem heftig umstrittenen Kandidatenland Türkei bemängelten wir die ständige Einmischung der türkischen Streitkräfte in die Politik und forderten die gerade im Amt bestätigte türkische Regierung auf, endlich eine vollständige zivile Kontrolle über das Militär durchzusetzen. Des Weiteren prangerten wir an, dass noch immer eine Reihe von Personen nach Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches wegen „Beleidigung des Türkentums“ gerichtlich verfolgt werden. Wir verlangten, unverzüglich ein Gesetz über Stiftungen anzunehmen, das religiösen Minderheiten endlich Rechtssicherheit gibt: Es muss ein klarer und deutlicher Rechtsrahmen ausgearbeitet werden, damit Minderheiten ihre Religion frei ausüben können und es ihnen gestattet wird, Eigentum zu besitzen, Geistliche offiziell anzustellen und den Klerus auszubilden. Bemängelt wurde neben vielen anderen Punkten auch wieder die Tatsache, dass in der Zypern-Frage keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Insgesamt beschreibt unser diesjähriger Türkei-Bericht wieder einmal sehr deutlich, dass die Türkei noch meilenweit von der Erfüllung der Kopenhagener Vorbereitungskriterien entfernt ist!

Die EU-Kommission wurde aufgefordert, die Stellungnahme des Parlamentes in ihrem für den 7. November 2007 angekündigten jährlichen "Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum EU-Beitritt" zu berücksichtigen. Man darf gespannt sein!

Bis zum nächsten Straßburgbrief
im November grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de